

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland**

**Vechta, Oldb, 1969-**

Hans-Wilhelm Windhorst: Brauchen wir technische Anlagen zur  
Bewältigung der Umweltprobleme aus der Nutztierhaltung?

**urn:nbn:de:gbv:45:1-5285**

Hans-Wilhelm Windhorst

## Brauchen wir technische Anlagen zur Bewältigung der Umweltprobleme aus der Nutztierhaltung?

### *Vorbemerkung*

*Der nachfolgende Beitrag ist die schriftliche Fassung eines Vortrages, der am 26.1.1991 während des Neujahrsempfanges der Stadt Cloppenburg gehalten wurde. In etwas erweiterter und mit Tabellen und Abbildungen versehener Fassung wurde das Referat dann erneut auf dem Delegiertentag des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland am 13. 4. 1991 in Damme gehalten. Die ursprüngliche Textfassung des Vortrages wurde jedoch weitestgehend beibehalten, nur dort, wo es unumgänglich war, erfolgte ein Bezug zu den ergänzenden Materialien.*

### 1. Einleitung: Die Ausgangssituation

Wenn ich mein Referat mit einem Zitat aus einer eigenen Arbeit beginne, dann nicht, um damit zu dokumentieren, daß die im Jahre 1975 gegebene Prognose zur Zukunft der Landwirtschaft im Oldenburger Münsterland nicht ganz falsch gewesen ist, sondern um dem immer wieder auftretenden Vorwurf zu begegnen, die Wissenschaft habe nicht rechtzeitig genug auf die Probleme hingewiesen und die Gefahren aufgezeigt.

In meiner Untersuchung "Spezialisierte Agrarwirtschaft in Süddoldenburg" (WINDHORST 1975) habe ich damals unter der Überschrift "Die zukünftige Entwicklung - ein Weg in die Stagnation?" geschrieben (S. 203-204):

"Die Möglichkeiten einer zukünftigen Entwicklung sind sehr schwer zu beurteilen. Die gegenwärtige Belastung der Nutzflächen durch die Abfallstoffe aus der Massentierhaltung in Verbindung mit dem Höchststand der Verbreitung bei der Schweinepest läßt eine Ausweitung dieses Produktionszweiges kaum vertretbar erscheinen. ... Das Wirtschaftsrisiko wird außerdem bei einer Reihe von Produkten durch Preiseinbrüche in zunehmendem Maße erhöht.

---

Das schwerwiegendste Probleme dürfte allerdings nicht einmal so sehr im Bereich der Preisentwicklung zu sehen sein, sondern von den Tierseuchen und der Abfallbeseitigung herühren. Es muß nach Möglichkeiten gesucht werden, andere Formen der Verwertung des Dungs zu entwickeln, sei es z.B. Trocknen oder Verfüttern, wie es in einigen Ländern Europas und den USA bereits praktiziert wird. Hier stehen wir sicherlich erst am Anfang.

...

Die angeschnittenen Probleme müssen sehr bald einer Lösung zugeführt werden, wenn nicht Stagnation und Rezession um sich greifen sollen. Eine Ausweitung, wie sie nach 1965 eingetreten ist, wird sich im folgenden Jahrzehnt kaum wiederholen. In einigen Produktionszweigen muß es sogar zu einem Gesundschumpungsprozeß kommen, wenn man wieder rentabel produzieren will.“

Kommunalpolitiker und Vertreter der Landwirtschaft haben damals mit bissigen Kommentaren nicht gespart. Zumeist wurden die dort genannten ökonomischen und ökologischen Gefahren als völlig abwegig angesehen. Unternommen wurde nichts!

Als sich gegen Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre abzeichnete, daß die Überversorgung der Böden mit tierischen Exkrementen in einigen Teilen des Oldenburger Münsterlandes eine ernsthafte Bedrohung der Qualität des Trinkwassers darstellt, führte der Heimatbund am 27.8.1983 eine vielbeachtete Podiumsdiskussion im Waldhof in Vechta durch. Im Heft 2 der Violetten Reihe (Heimatbund 1983) ist sehr eindrucksvoll dokumentiert, welch ungeheuer schweren Stand der damalige niedersächsische Landwirtschaftsminister Gerhard Glup hatte, seinen “Gülleerlaß“<sup>1)</sup> zu verteidigen. Viele Landwirte glaubten damals, mit der Mengenbegrenzung von 3 Dungeinheiten<sup>2)</sup> pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche und den zeitlichen Ausbringungsbeschränkungen nicht leben zu können. Inzwischen wären sie sicherlich froh, wenn es bei den damals getroffenen Regelungen geblieben wäre.

Ich habe auf der Posiumsdiskussion in meinem Referat gefordert (Heimatbund 1983, S. 26):

“1. ...

2. Landwirtschaft und Agrartechnologie müssen sich intensiv um neue Wege der gefahrlosen Verwertung der Gülle im Pflan-

---

---

zenbau unter Beachtung ökologischer Gesichtspunkte bemühen (Neue Formen der Lagerung und Ausbringung; Dosierung nach Anbaufrüchten etc.).

3. Die Forschung auf dem Gebiet der anderweitigen Verwertung der Gülle und des Trockenkots ist mit staatlichen Subventionen zu intensivieren (Absatz von getrocknetem Kot oder umgewandelter Gülle in weiter entfernt liegenden Gebieten als Gartendünger).
4. Die Öffentlichkeitsarbeit seitens der Landwirtschaftskammer hinsichtlich der Bedeutung der Gülle für die landwirtschaftliche Produktion sollte neue Wege beschreiten, um einseitigen Vorurteilen zu begegnen, aber auch, um den Kenntnisstand der Landwirte zu erhöhen.“

Die Reaktionen der Vertreter der Landwirtschaft auf das von mir vorgelegte Zahlenmaterial und meine Forderungen kann man nachlesen, die Abwehrhaltung und das Infragestellen der Daten sind offensichtlich. Die Bereitschaft, die immer drängender werdenden Probleme realistisch zu sehen und zu reagieren, war kaum vorhanden. Erst der bundesweit ausgestrahlte Fernsehfilm<sup>3)</sup> „Und ewig stinken die Felder“ hat auch im Oldenburger Münsterland deutlich werden lassen, mit welchem Negativimage die Region inzwischen belastet war<sup>4)</sup>.

Trotzdem hat es noch Jahre gedauert, bis man sich intensiv um die Lösung des Problems bemüht hat. Erst als sich mit der „Gülleverordnung“<sup>5)</sup> härtere gesetzliche Regelungen anbahnten und durch wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen wurde, daß zwischen der Gülledüngung und der Nitratauswaschung enge Abhängigkeiten bestehen, wurden die Forschungsarbeit und die Entwicklung technischer Lösungen intensiviert.

Warum, das ist in diesem Zusammenhang eine entscheidende Frage, hat man sich im Oldenburger Münsterland so schwer getan, die Sachverhalte zu akzeptieren und neue Wege zu gehen? Dies verwundert um so mehr, weil die Landwirte in den beiden südoldenburgischen Landkreisen in der Vergangenheit die sich ihnen stellenden Aufgaben mit Bravour gemeistert haben.

Meines Erachtens können die Ursachen für dieses Verhalten in folgender Weise beschrieben werden.

Bei der Bewältigung des jetzt anstehenden Problems handelt es sich um eine Herausforderung ganz neuer Art. Während man es in der Vergangenheit immer mit der Bewältigung von ökonomischen Herausforderungen zu tun hatte, es also vorwiegend darum ging, das Einkommen zu sichern bzw. zu erhöhen und die erreichte

---

---

Marktposition zu behaupten, geht es nun um eine ökologische Herausforderung, eine Herausforderung noch dazu, die Geld kostet, jedenfalls zunächst. Die Bewältigung dieses Problems setzt einen Umdenkungsprozeß voraus. Düngung, die bislang der Steigerung der Erträge diente, soll plötzlich nicht mehr vertretbar sein und sogar eine Gefährdung von Boden und Grundwasser bewirken! Viele Landwirte, vor allem ältere, tun sich schwer, dies zu verstehen und ihr Handeln der veränderten Situation anzupassen. Eine weitere Schwierigkeit ist in der Langfristigkeit ökologischer Prozesse zu sehen. Während man die Wirkungen der Düngeraufbringung sofort an den Erträgen ablesen kann, zeigen sich die negativen Auswirkungen einer unsachgemäßen Ausbringung von Gülle und Geflügelkot erst nach einigen Jahren oder Jahrzehnten. Die Zusammenhänge sind nicht unmittelbar zu erkennen und werden deshalb von vielen Landwirten und ihren berufsständischen Interessenvertretern in Frage gestellt. Schwierig ist es auch, ihnen zu vermitteln, daß eine Änderung der Düngepraxis nicht umgehend zu einer Verringerung der Probleme führen wird. Auch hier haben wir es mit längerfristigen Prozessen zu tun.

Dazu kommt, daß diese Herausforderung zu einem Zeitpunkt auftritt, der in ökonomischer Hinsicht denkbar ungünstig ist, weil die Einkommenssituation und die sich abzeichnende Entwicklung der Einkommen nicht vielversprechend sind. Die deutsche Wiedervereinigung, die die Nutzfläche um die Hälfte vergrößerte, die die Bevölkerung aber nur um 30 % anwachsen ließ, deutet auf eine wachsende Überversorgung bei der Pflanzenproduktion hin. Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes läßt eine verstärkte Konkurrenz erwarten; die GATT-Verhandlungen Preisrückgänge, insbesondere beim Getreidebau. Unter einer solchen Perspektive ist es das Ziel der meisten Landwirte, die Kosten zu verringern. Bei der Bewertung der zukünftigen Möglichkeiten der Veredelungswirtschaft im Oldenburger Münsterland ist zu berücksichtigen, daß die kritische Haltung der Gesellschaft gegenüber vielen agrarischen Produkten und der Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft in den letzten Jahren beständig zugenommen hat. Angesichts dieser Situation fühlen sich viele Landwirte zunehmend in die Ecke gedrängt. Einige Medien haben sich bevorzugte "Sündenböcke" herausgesucht, sowohl was die Betriebsformen als auch die Regionen angeht. In den beiden südoldenburgischen Landkreisen trifft diese Vorstellung von agrarindustriellen Produktionsformen und ökologischer Gefährdung in nahezu "idealer Weise" zusammen. Hier hat man den Prototyp einer verfehlten

---



---

agraren Entwicklung gefunden, an dem sich alle negativen Aspekte aufzeigen lassen. Leider wird nicht genug getan, um aus dieser Ecke herauszukommen. Anstatt zu handeln und durch eigene Aktivitäten die Initiative zu übernehmen, wird hauptsächlich reagiert. Dies ist auf Dauer ein verhängnisvoller Weg.

Lassen Sie mich nach diesen eher allgemeinen Ausführungen aufzeigen, wie es zu den Problemen gekommen ist, mit denen wir gegenwärtig konfrontiert werden. Daran anschließend soll dann begründet werden, weshalb ohne technische Lösungen die Überversorgung mit tierischen Exkrementen meiner Ansicht nach nicht gemeistert werden kann.

## 2. Veredelungswirtschaft auf Zukauffutterbasis - Notwendigkeit und Anpassungsprobleme einer Wirtschaftsweise

Kleine Betriebsgrößen und mangelnde Ertragsfähigkeit der Böden haben die Landwirte auf den Geestböden gezwungen, ihre Einkommenssituation durch die Erhöhung der Tierbestände zu verbessern. Nach dem 2. Weltkrieg hat die schon seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts praktizierte Form der Veredelungswirtschaft auf Zukauffutterbasis ihre Blüte erreicht. Möglich wurde dies durch die beständig zunehmende Nachfrage nach tierischen Nahrungsmitteln und die unbegrenzte Einfuhrmöglichkeit von Fremdfutter über die Häfen an der Nordseeküste. Unternehmerisch denkende Landwirte, die bereit waren, ein hohes wirtschaftliches Risiko einzugehen, wandten sich ab 1950 der Schweinehaltung in Großbeständen zu, etwa zehn Jahre später begann die Ausweitung der Hühnerhaltung (Abb. 1). Schon bald entstanden hier gewerbliche und agrarindustrielle Unternehmen, die dann in der Folgezeit wegen ihrer großen Bestände eine herausragende Marktstellung erreichten.

Bemerkenswert ist vor allem, daß die räumliche Konzentration der Schweine- und Hühnerbestände in den beiden südoldenburgischen Landkreisen in nur wenigen Jahrzehnten erfolgte. Dieser kurze Zeitraum der Ausbildung des agrarischen Intensivgebietes kann als eine wesentliche Ursache dafür angesehen werden, daß die Probleme bei der umweltverträglichen Verwertung der tierischen Exkremente seit Mitte der siebziger Jahre in massiver Form auftraten und zu Reaktionen zwangen.

Machte die Verfügbarkeit über Fremdfutter einerseits die Ausweitung der Tierbestände möglich, führte das Beschreiten dieses We-

---

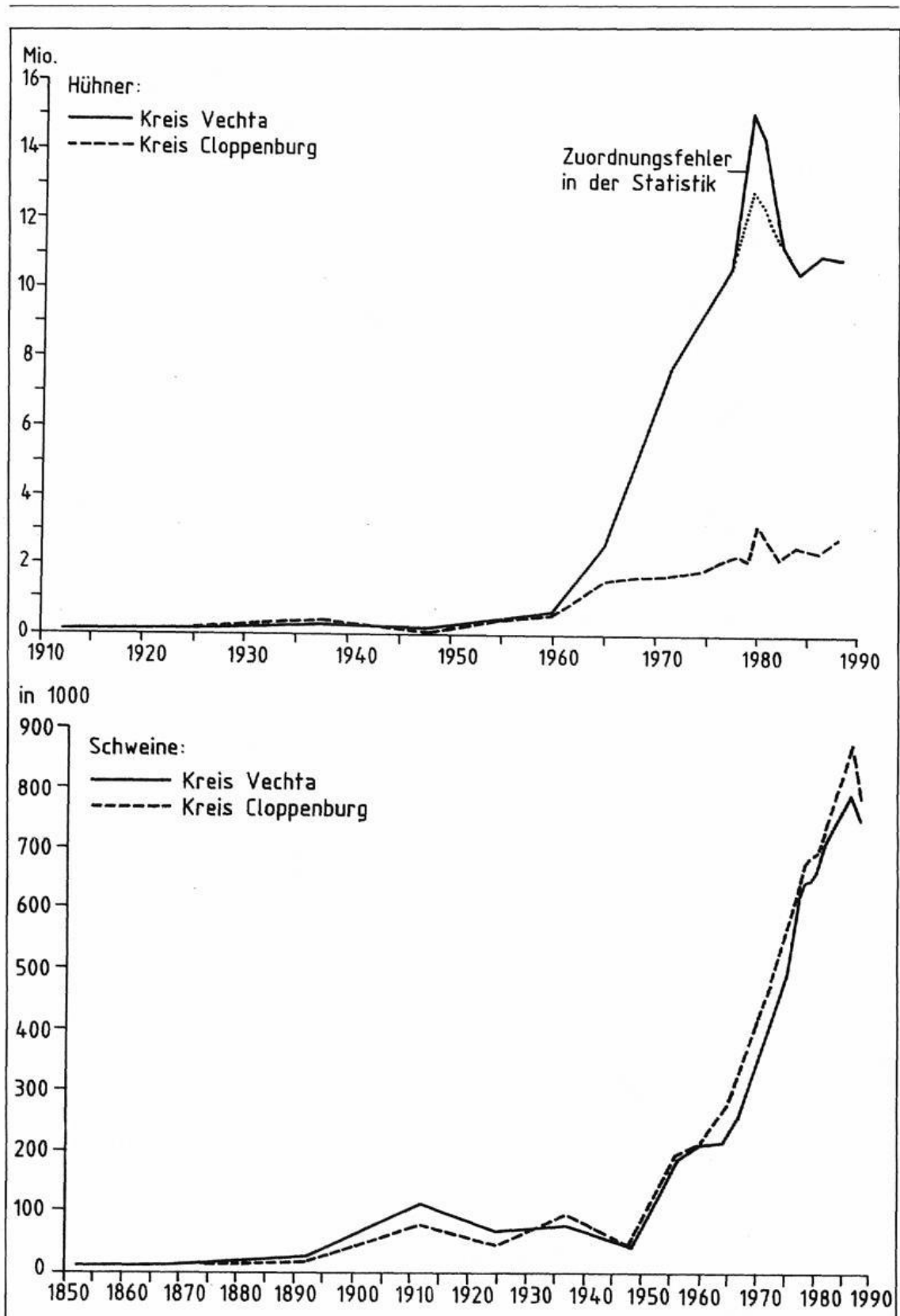


Abb. 1: Die Entwicklung der Hühner- und Schweinehaltung in den Landkreisen Cloppenburg und Vechta (Quelle: amtliche Statistik)

---

ges andererseits in eine "ökologische Sackgasse". Dies deshalb, weil die tierischen Exkreme, die von den mit Fremdfutter erzeugten Tieren stammten, nicht wieder dorthin gebracht werden konnten, wo dieses Futter produziert worden war. Das Dilemma vor dem wir heute stehen, ist also vorrangig bedingt durch das Auseinanderdriften der Entwicklung bei den Tierbeständen und der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Letztere ließ sich in den beiden südoldenburgischen Landkreisen nur sehr begrenzt erweitern. Deshalb blieb nur der Ausweg, in benachbarten Landkreisen Flächen zuzupachten oder an Landwirte überschüssige Gülle abzugeben. Die Möglichkeit, dies auch in Zukunft tun zu können, hängt von folgenden Faktoren ab:

- der Bereitschaft der Landwirte, die Exkreme zu übernehmen,
- der Verfügbarkeit von Flächen in den Nachbarkreisen bei der Absenkung des zulässigen Dungeinheitenbesatzes,
- den auftretenden Kosten für die Pacht bzw. das Aufbringen der Exkreme.

Es kann angesichts des Negativimages, das inzwischen mit der Landwirtschaft Südoldenburgs verbunden ist, nicht verwundern, daß die Bereitschaft, Gülle abzunehmen, in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist. Unverkennbar ist eine wachsende Abwehrhaltung nicht nur bei der nichtlandwirtschaftlich tätigen Bevölkerung, sondern auch bei den Kommunalverwaltungen und selbst bei Landwirten.

### 3. Abnehmende Flächenverfügbarkeit bei Absenkung des zulässigen DE-Besatzes

Es zeichnet sich ab, daß in den nächsten Jahren Regelungen seitens des Gesetzgebers getroffen werden, die eine merkliche Reduzierung des zulässigen Dungeinheitenbesatzes pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zum Inhalt haben werden. Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man davon ausgeht, daß der zulässige Grenzwert 2 DE/ha LF betragen wird, ein Wert, der schon heute in Schleswig-Holstein verbindlich ist. Ein vom niedersächsischen Umweltministerium am 9.10.1990 vorgelegter Entwurf zur Novellierung der Gülleverordnung<sup>6)</sup> geht noch einen Schritt weiter. Dort wird vorgeschlagen, den Grenzwert ab dem 1.1.1994 auf 1,5 DE abzusenken. Ob dies politisch durchsetzbar sein wird, muß angesichts der damit verbundenen Anpassungsprobleme in Zweifel gezogen werden. Daß eine solche Absicht in weiten Bevölkerungs-



**Tab. 1:** Dungeinheiten, Dunganfall und durchschnittlicher Dungeinheitenbesatz im Landkreis Cloppenburg im Jahre 1988 (Quelle: eigene Berechnungen)

Kriterium	Viehzählung 1988	
	DE	Gülle (m <sup>3</sup> )
Dungeinheiten gesamt	185.222	
Dunganfall gesamt		2.917.856
davon Gülle		2.867.262
Festmist		50.594
Landw. Nutzfläche (ha)	100.651	
DE/ha LF	1,84	
Dung (m <sup>3</sup> )/ha LF		28,99
Durchschnittsdungmenge je DE		15,75

kreisen auf Zustimmung stoßen würde, kann man voraussetzen. Eine derart einschneidende Regelung ist vor allem auch als Präventivmaßnahme zu verstehen, die zukünftige Schäden an Boden und Grundwasser im Ansatz verhindern soll.

Welche Konsequenzen würden nun aus einer Neufassung der Güllerverordnung, die entweder 2 DE oder 1,5 DE als Grenzwert festlegt, für die beiden südoldenburgischen Landkreise erwachsen? Wenn man ausgeht von den vorhandenen Tierbeständen, wie sie in den Dezemberzählungen vorliegen, und die anfallenden Exkreme auf die verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche bezieht, gelangt man zu folgender Bilanz<sup>7)</sup>.

Im Landkreis Cloppenburg fielen im Jahre 1988 185.222 DE an, die auf 100.651 ha verteilt werden konnten, dies entsprach einem Durchschnittsbesatz von 1,84 DE/ha LF (Tab. 1). Die nach den jetzt gültigen gesetzlichen Regelungen zum 1.1.1993 eintretende Reduzierung des zulässigen DE-Besatzes auf 2,5 DE würde im Landkreis Cloppenburg noch keine Probleme hervorrufen, im Gegenteil, es wäre noch ein Flächenüberschuß von 26.562 ha vorhanden. Erst eine Absenkung auf 1,5 DE hätte ein Flächendefizit von 22.830 ha zur Folge.

**Tab. 2:** Dungeinheiten, Dunganfall und durchschnittlicher Dungeinheitenbesatz im Landkreis Cloppenburg im Jahre 1988 (Quelle: eigene Berechnungen)

Kriterium	Viehzählung 1988	
	DE	Gülle (m <sup>3</sup> )
Dungeinheiten gesamt	213.098	
Dunganfall gesamt		2.599.100
davon Gülle		2.550.047
Festmist		49.053
Landw. Nutzfläche (ha)	64.681	
Dungeinheiten je Hektar LF	3,29	
Dunganfall je Hektar LF		40,18
Durchschnittsdungmenge je DE		12,20

Sehr viel angespannter ist die Situation im Landkreis Vechta. Dort waren im Jahre 1988 insgesamt 213.098 DE zu verwerten. Bei einer verfügbaren Nutzfläche von 64.661 ha entsprach dies einem durchschnittlichen Besatz von 3,29 DE/ha LF (Tab. 2). Schon jetzt kann hier folglich der Grenzwert nicht eingehalten werden. Je nach Reduzierung des zulässigen DE-Besatzes wird ein Flächendefizit von 20.558 ha bzw. 77.384 ha auftreten.

Geht man von der wahrscheinlichen Festlegung auf 2 DE aus, dann würden im Oldenburger Münsterland 33.828 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche fehlen, um die anfallenden tierischen Exkremamente zu entsorgen. Der ungünstige Fall, eine Absenkung auf 1,5 DE, hätte ein Flächendefizit von über 100.000 ha zur Folge. Es dürfte einleuchten, daß eine solche Fläche in den an das Oldenburger Münsterland angrenzenden Landkreisen nicht verfügbar ist, vor allem wenn man die dort ebenfalls vorhandenen großen Tierbestände (Abb. 2 und 3) und den schon jetzt erreichten DE-Besatz (Abb. 4) mit in die Betrachtung einbezieht.

Welche Auswirkungen wird die vorgesehene Absenkung des Grenzwertes auf die landwirtschaftlichen Betriebe haben? Sie können hier nur kurz angedeutet werden.

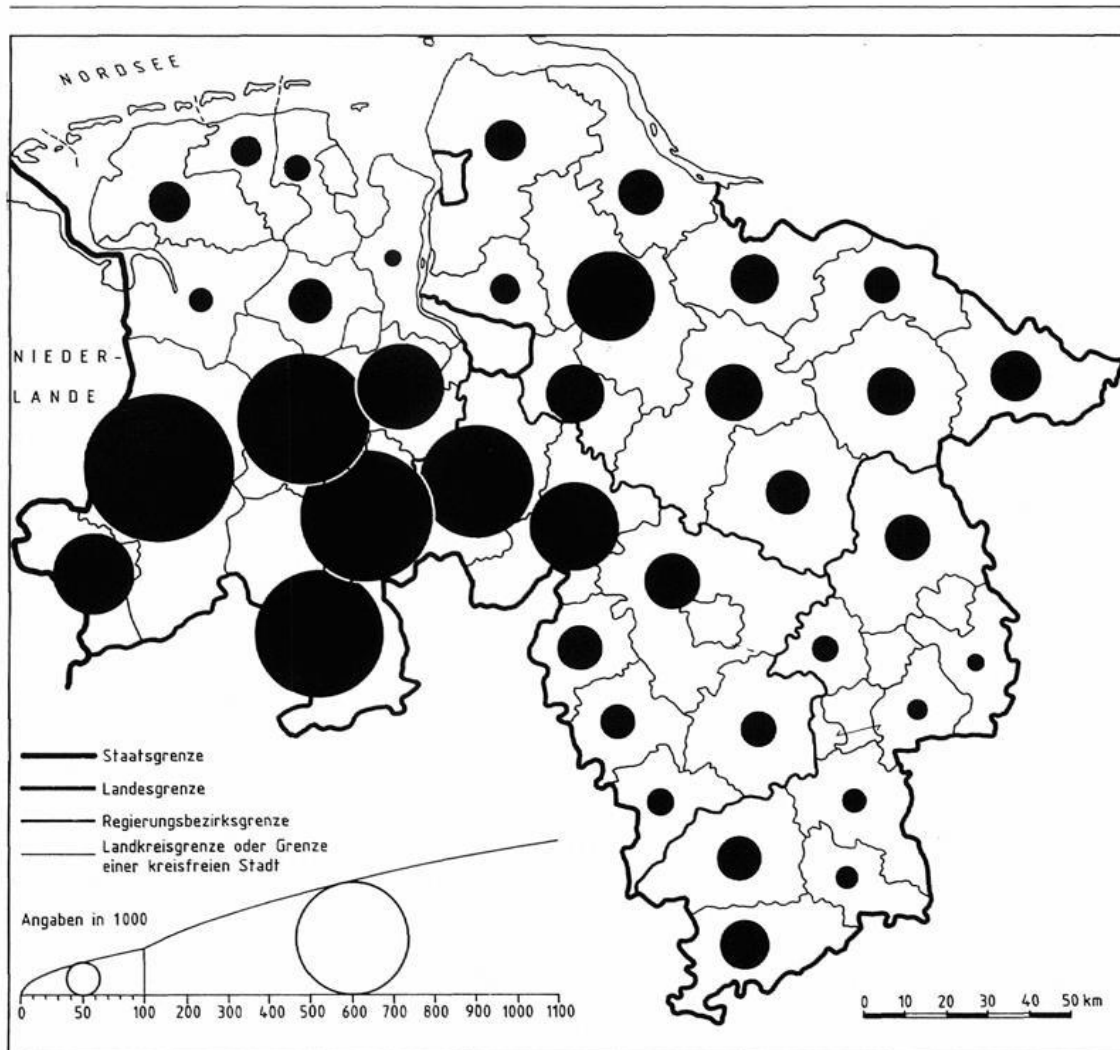


Abb. 2: Schweinebestände in Niedersachsen im Jahre 1988, getrennt nach Landkreisen (Quelle: Nds. Landesverwaltungsamt, Abtlg. Statistik)

Der zunehmende Flächendruck wird zweifellos dazu führen, daß die Pachtpreise für Nutzflächen zumindest in der Anfangsphase schnell ansteigen. Da jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt z.T. schon Beträge um 1.400-1.500 DM/ha gezahlt werden, dürfte allein aus ökonomischen Gründen schon recht bald eine Grenze erreicht werden, die nicht überschritten werden kann, ohne die Betriebe ernsthaft in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen. Die offensichtliche Flächenspekulation vieler Verpächter wird dann ein Ende finden.

Die Flächenbindung der tierischen Veredelungswirtschaft wird es Betrieben mit geringer Flächenausstattung nahezu unmöglich machen, Tierbestände zu halten, die im internationalen Wettbewerb als konkurrenzfähig angesehen werden können. So dürfte

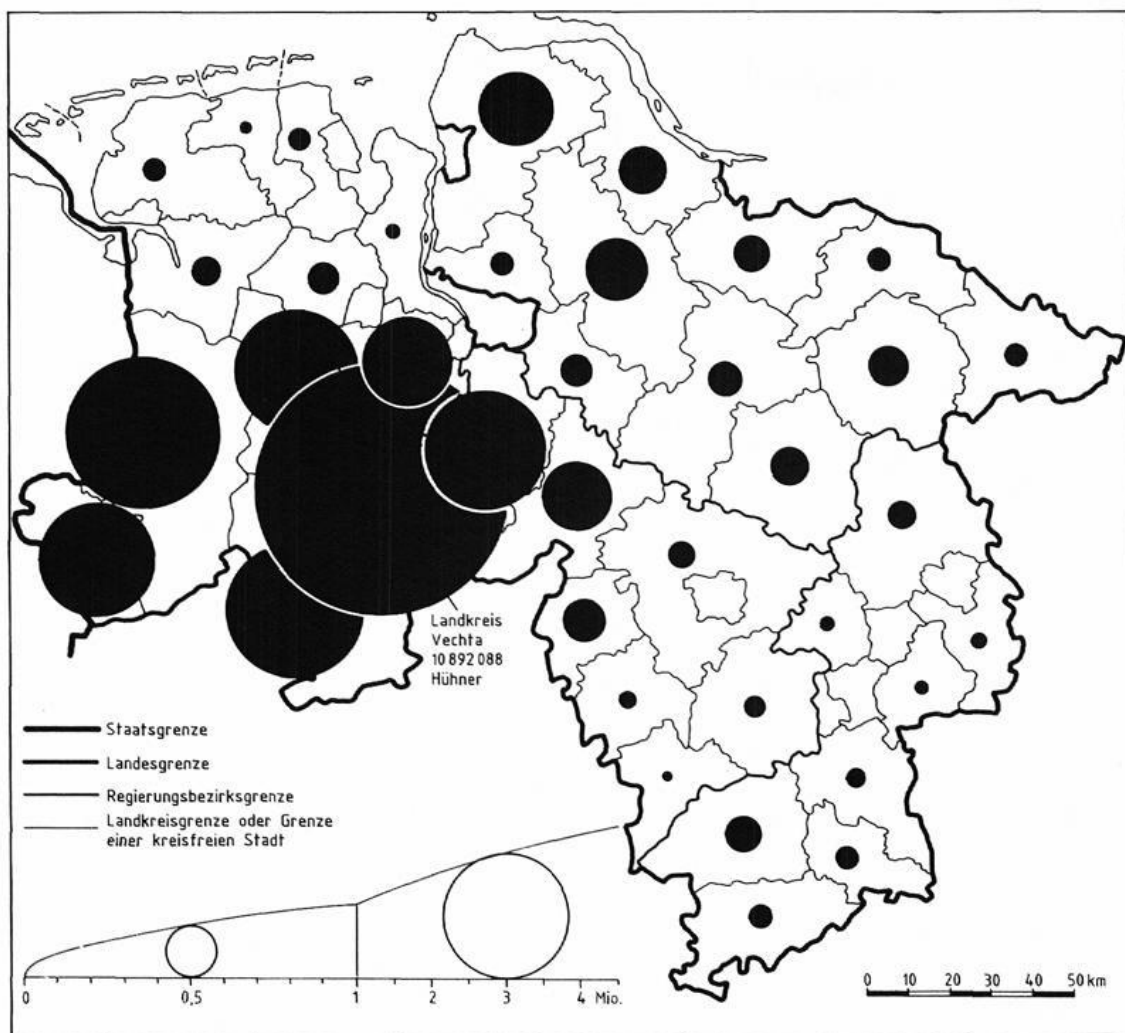


Abb. 3: Hühnerbestände in Niedersachsen im Jahre 1988, getrennt nach Landkreisen (Quelle: Nds. Landesverwaltungsamt, Abtlg. Statistik)

ein 30 ha-Betrieb bei einer Absenkung des zulässigen Besatzes auf 1,5 DE/ha LF nur noch 45 DE halten. Selbst wenn der Umrechnungsschlüssel für Mastschweine von 7 auf 8 Tiere/DE verändert würde, könnte dieser Betrieb im Jahresmittel nur 360 Mastschweine halten, was etwa 900 erzeugten Tieren entspräche. Angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung im Bereich der Getreidepreise und der zu erwartenden Marktsituation auf dem Schlachtschweinemarkt wird ein solcher Betrieb nicht mehr in der Lage sein, ein hinreichendes Familieneinkommen aus landwirtschaftlicher Produktion zu erwirtschaften.

Das Resultat dieser Überlegungen ist folgendes:

Die Forderung nach Flächenbindung der tierischen Veredelungswirtschaft und nach Reduzierung des zulässigen DE-Besatzes mag

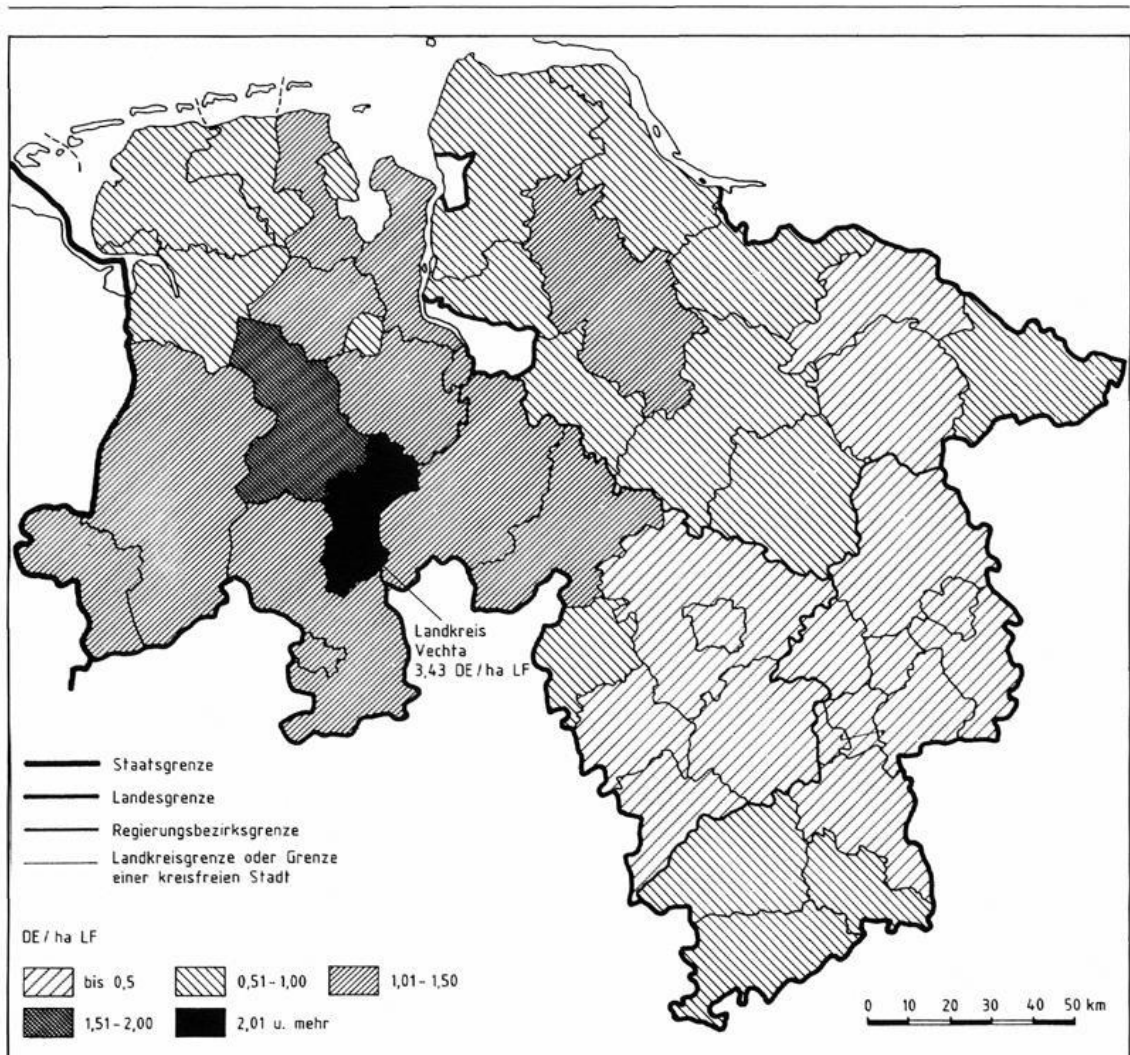


Abb. 4: Dungeinheitenbesatz in den Landkreisen Niedersachsens im Jahre 1988 (Quelle: Thomsen 1990)

unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll sein, sie wird allerdings zur Folge haben, daß kleine und mittelgroße Betriebe zunehmend gezwungen werden, diesen Zweig der Agrarproduktion aufzugeben, was zumeist gleichbedeutend sein dürfte mit Aufgabe der Landwirtschaft überhaupt oder Abstockung zu einem Nebenwerbsbetrieb.

#### 4. Technische Lösungen - die einzig sinnvolle Alternative

Angesichts der geschilderten Situation erscheint mir kein anderer Ausweg möglich, als durch technische Anlagen einen Teil der überschüssigen Exkremente zu verarbeiten. Die so erzeugten Produkte könnten dann in weiter entfernt liegenden Gebieten abgesetzt



---

werden. Entsprechende Wege werden entweder schon beschritten oder sind geplant (Tab. 3). Dabei ist die Aufbereitung des Geflügelkots sehr viel einfacher zu handhaben als die der Schweine- und Rindergülle. Dies hängt einmal von den pro Stalleinheit anfallenden Mengen und zum anderen vom Trockenmasseanteil und den enthaltenen Mineralstoffen ab.

Nahezu unverständlich ist allerdings, daß ein Unternehmen, das die Errichtung einer Aufbereitungsanlage für Schweinegülle im Südkreis Vechta plant (eine Förderung dieses Vorhabens durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie ist gesichert), diese Anlage wohl in Schleswig-Holstein errichten wird, weil es bislang nicht in der Lage gewesen ist, ausreichende Mengen an Gülle für das dauernde Betreiben zu beschaffen.

Das Hauptproblem für die Errichtung von technischen Anlagen liegt also offenbar gegenwärtig weniger in der Lösung noch offener technischer Fragen, sondern in:

- (1) der Nichtverfügbarkeit über ausreichende Mengen an Gülle zum durchgängigen Betreiben der Anlagen und in der äußerst zögerlichen Haltung der Landwirte, langfristige Lieferverträge einzugehen,
- (2) der Unterschätzung der politischen Absicht, zu einer deutlichen Reduzierung des Dungeinheitenbesatzes zu gelangen und die Einhaltung des Grenzwertes auch zu überwachen,
- (3) einer zögernden Haltung der berufsständischen Organisationen, technischen Anlagen nicht nur als Einrichtungen zu begreifen, die agrarindustrielle Unternehmen unterstützen, sondern als eine Alternative, die kleinen und mittelgroßen landwirtschaftlichen Betrieben auch in Zukunft die Weiterführung der tierischen Veredelungswirtschaft im bisherigen Umfange ermöglichen wird,
- (4) der mangelnden Bereitschaft der Betroffenen (Landwirte, vor- und nachgelagerte Industrie), in solche technischen Anlagen zu investieren.

Es wird wahrscheinlich nicht möglich sein, ohne staatliche Unterstützung technische Großanlagen zu errichten und zu betreiben. Hier ist der Staat, sei es nun die Bundes- oder die Landesregierung, auch verpflichtet, finanzielle Mittel bereitzustellen, weil er sonst unglaublich wird mit seiner Aussage, die tierische Veredelungswirtschaft solle auch in Zukunft in bäuerlicher Hand bleiben.

Bedenklich stimmen müssen Äußerungen von berufsständischen Vertretern, Repräsentanten der Naturschutzverbände und verant-

---

**Tab. 3** Anlagen zur Aufbereitung von Gülle und Geflügeltrockenkot in Süoldenburg a)

**Landkreis Vechta**

Firma	Standort Pilotanlage	Betrieb seit	Verfahrens-kurzbeschreibung	Zusammenarbeit mit	Bemerkungen
Gudendorf Ankum	eigene Stallanlagen	1985 (einschl. Entwicklungszeit)	Geflügeltrockenkot, Homogenisierung, Kompostierung, Trocknung und Pelletierung	Völknerode	
Big Dutchman/Pohlmann	Elmelage	Mitte 1988	Geflügeltrockenkot, belüftetes Kotband	Entwicklung von Big Dutchman, Erprobt und eingeführt in verschiedenen Ställen von A. Pohlmann	
Agromar/Roha Naturdünger Gewinnungs- und Vertriebs-GmbH	Haverbeck + mobile Separierungs-einrichtung	Anfang 1989	Separierung, Kompostierung, Trocknung	Deutsche Babcock	besonders erfolgreiches System mit hoher Akzeptanz bei den Landwirten
Firma Poulamo Karach-Stingel	Goldenstedt-Heide	1990	Geflügeltrockenkot, Pelletierung	Betrieb der Anlage in Zusammenarbeit mit Firma Kathmann	
Sulzer AG/NLG	Haverbeck	1990	mehrstufiges Verfahren zur Gewinnung von org. Dünger und vorflutgerechtem Wasser	mit Unterstützung des Landes Niedersachsen	
Wesjohann-Gruppe	Hogenbögen/Rechterfeld	1987	Kompostierung von Hühnertrockenkot und Weizenstroh unter Zusatz von Pferdemist	eigene Anlage zur Erzeugung von Kompost für die Pilzzucht in Rechterfeld und Garrel	

## Landkreis Cloppenburg

b)

Firma	Standort Pilotanlage	Betrieb seit	Verfahrens-kurzbeschreibung	Zusammenarbeit mit	Bemerkungen
Firma Hutex/ Frankfurt	Calhorn	1990 (drei- monatiger Versuch)	Dispergations- verfahren		
Firma Römer/ Bremen	Calhorn	1990 (drei- monatiger Versuch)	Kompostierung in Mieten		
Firma Drees	Ermke	Mitte 1988	zwei unterschied- liche Verfahren: Gülledispergierung, Geflügeltrockenkot		

## Geplante Anlagen im Landkreis Vechta

c)

Compact-Service	Ldk. Vechta	Anfang 1991	Geflügeltrockenkot	Genehmigung und genauer Standort stehen noch aus
KRC Noell	Ldk. Vechta	Anfang 1991	Biogaserzeugung, Separierung, Weiterverarbeitung der Feststoffe zu Dünger, Flüssig- stoffe durch Ver- dampfung zu Vor- fluterqualität	genauer Standort und Baubeginn nicht bekannt, mit Unterstützung des Landes Niedersachsen und des Landkreises Vechta
Schwarting/Uhde	bei Damme	Anfang 1991	Biogaserzeugung, Separierung, NH <sub>3</sub> -Abspaltung	Standortentscheidung abhängig von der Frage, woher langfristig Gülle geliefert wird

**Tab. 4:** Anzahl der Betriebe mit einem Dungeinheitenaufkommen von ... bis ... DE/ha LF in den Landkreisen Cloppenburg und Vechta (1988) (Quelle: Thomsen 1990, eigene Berechnungen)

Dungeinheiten	Landkreis Cloppenburg		Landkreis Vechta	
	Anzahl	%	Anzahl	%
bis 0,50	355	9,0	321	12,9
0,51 - 1,00	608	15,4	281	11,3
1,01 - 1,50	873	22,1	319	12,8
1,51 - 2,00	698	17,7	303	12,1
2,01 - 2,50	455	11,5	279	11,2
2,51 und mehr	961	24,3	992	39,7
Gesamt	3.950	100,0	2.495	100,0
über 1,50	2.114	53,5	1.574	63,1
über 2,00	1.416	35,8	1.271	50,9
über 2,50	961	24,3	992	39,7

wortlicher Politiker, die den Eindruck hervorrufen, daß die Überversorgung mit tierischen Exkrementen vor allem ein Probleme der agrarindustriellen Unternehmen sei. Dies ist in der Sache falsch, weil diese Unternehmen inzwischen durch die Kontrolle der Landkreise gezwungen wurden, den geforderten Flächennachweis zu bringen. Sollte dieser Flächennachweis in Zukunft wegen steigender Pachtpreise ökonomisch nicht mehr vertretbar sein, dürften sie wegen der verfügbaren Finanzmittel am ehesten in der Lage sein, Aufbereitungsanlagen zu bauen und zu betreiben. Die drängendsten Probleme liegen bei den Klein- und Mittelbetrieben vor, die in der Vergangenheit zur Sicherung des notwendigen Betriebseinkommens ihre Tierbestände stark erhöht haben.

Aus Tab. 4 kann man entnehmen, wie groß die Zahl der Betriebe in den beiden Landkreisen ist, die nicht in der Lage sein werden, die anfallenden Exkemente auf eigenen Flächen umweltverträglich zu verwenden. Die deutliche Sprache, die diese Werte sprechen, sollte auch die Vertreter der Landwirtschaft überzeugen, die immer noch den Eindruck zu erwecken versuchen, daß es eigentlich kein Problem der Überversorgung gibt.

---

## 5. Fazit

Die gegenwärtigen ökologischen Probleme sind das Ergebnis der schnellen Ausweitung der Veredelungswirtschaft im Oldenburger Münsterland nach dem 2. Weltkrieg, es sind die Nachwirkungen des "kleinen Wirtschaftswunders", das sich hier in der Agrarwirtschaft vollzogen hat.

Die Probleme, die wir in ihrem Ausmaß und in ihrer Tragweite nicht unterschätzen sollten, werden sich durch gesetzgeberische Eingriffe allein nicht lösen lassen. Solche Eingriffe können allerdings zu einem schnellen Zusammenbruch des gesamten Systems führen, wenn keine hinreichend langen Anpassungszeiten vorhanden sind.

Unumgänglich ist der Wandel hin zu einer wieder umweltverträglichen Landwirtschaft. Es muß von den Verursachern erkannt und verstanden werden, daß es ohne eine Reduzierung der Umweltbelastung keine Zukunft auf dem erreichten Produktionsniveau geben kann und geben wird.

Nicht der Konfrontationskurs, der z.T. leider immer noch von einigen Landwirten und ihren berufsständischen Vertretern beschränkt wird, kann uns weiterbringen, sondern die Annahme der Herausforderung. Wer heute als Kommunal- oder Landespolitiker seine Verwunderung über die Ruhe zum Ausdruck bringt, die angesichts der sich abzeichnenden Absenkung des DE-Grenzwertes bei den Bauern vorherrscht, muß sich sagen lassen, daß er die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat. Ein heilsame Unruhe ist zwar gefragt, jedoch eine Aktivität, die sich in Richtung auf eine technische Lösung des Problems bewegt, weil wir m.E. nur auf diesem Wege in der Lage sein werden, die Aufgaben zu meistern, die wir mit technischen Mitteln herbeigeführt haben.

Wir alle wissen, daß die finanziellen Belastungen für die Errichtung von Anlagen, die eine Lösung bringen können, hoch sein werden und wahrscheinlich von den Landwirten allein nicht getragen werden können. Dabei sollten wir aber auch bedenken, daß die finanziellen Einbußen für die Landwirte und die Region insgesamt um ein Vielfaches höher sein werden, wenn die sich jetzt noch bietende Chance vertan wird.

Es gibt meiner Ansicht nach keine Alternative zur technischen Lösung, die in der Lage wäre, die Nutztierhaltung im Oldenburger Münsterland auf dem erreichten Niveau zu halten. Es hat keinen Sinn, die Augen vor der Realität zu verschließen, weil sie die Betroffenen schneller einholen wird als ihnen lieb sein kann. Wer jetzt nichts tut, um die Probleme der Überversorgung mit tieri-

---



---

schen Exkrementen einer Lösung zuzuführen, wird sich schon in wenigen Jahren die Frage gefallen lassen müssen, weshalb er trotz der offensichtlichen Krisensituation nicht reagiert hat. An Mahnungen hat es wahrlich nicht gefehlt.

#### **Anmerkungen**

- 1) RdErl. v. 13.11.1983, Nds. MBl. Nr. 22/1983.
- 2) Eine Dungeinheit ist die Menge an Gülle oder Geflügelkot, die von einer bestimmten Anzahl von Tieren einer bestimmten Tierart im Laufe eines Jahres erzeugt wird. Diese Menge darf nicht mehr als 80 kg Stickstoff, als Gesamtstickstoff bewertet, enthalten.
- 3) Gesendet am 8.3.1984.
- 4) Eine Dokumentation wurde vom Verfasser im Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1985 unter dem Titel "Eine Region droht ihren Ruf zu verlieren" (S. 169-182) vorgelegt.
- 5) Verordnung über das Aufbringen von Gülle und Geflügelkot v. 9.1.1990; Nds. BVBl. Nr. 2/1990.
- 6) Entwurf v. 9.10.1990 (Referat 507; 507.3-62800/3/2).
- 7) Hierbei geht man davon aus, daß alle Exkremente innerhalb der Kreisgrenzen auf Nutzflächen aufgebracht werden und eine gleichmäßige Verteilung erfolgt. Es wird nicht berücksichtigt, daß in Wasserschutzgebieten geringere Mengen zulässig sind, Flächen für die Klärschlammasbringung notwendig sind und nicht alle Betriebe über Gülle oder Geflügeltrockenkot verfügen.

#### **Literatur**

Heimatbund für das Oldenburger Münsterland (Hrsg.): Ordnungsgemäße Landwirtschaft - Überdüngung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Südoldenburg? (= Violette Reihe, Heft 2). Cloppenburg 1983. 102 S.

Hoffmann, H. u. H.-W. Windhorst: Probleme der Abfallbeseitigung bei der Massentierhaltung im Südoldenburger Raum. In: Neues Archiv für Niedersachsen 22 (1973), S. 356-366.

Thomsen, M.: Das Dungaufkommen in der niedersächsischen Landwirtschaft - ein Problem? In: Statistische Monatshefte Niedersachsen 1990, Heft 11, S. 399-412.

Windhorst, H.-W.: Spezialisierte Agrarwirtschaft in Südoldenburg. Eine agrargeographische Untersuchung. Leer 1975. 215 S.

Windhorst, H.-W.: Die sektoralen und regionalen Strukturen der Schweine- und Hühnerhaltung in Niedersachsen. Vechta 1990. 95 S.

## Das Oldenburger Fischereigesetz vom 17. März 1879

Eine Übereinkunft zur Hebung und zum Schutze der Fischerei trafen am 1. Dezember 1877 Preußen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck, Bremen, Hamburg und die thüringischen Staaten. Dieses Treffen war der Anlaß zur Verabschiedung eines Fischereigesetzes, das am 17. März 1879 vom Oldenburger Landtag angenommen wurde und zum 1. Januar 1880 in Kraft trat.

In dem Gesetz heißt es, daß die zu Oldenburg gehörenden Teile der Nordsee, die offenen Meeresbuchten und für die Binnenfischerei alle Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftsgewässer als öffentliche Gewässer angesehen werden. Im Verlaufe der weiteren Darstellung dieses Gesetzeswerkes soll in erster Linie nur auf die Binnenfischerei eingegangen werden. Sie konnte durch angestellte Fischer und durch Verpachtung ausgeübt werden. Die Dauer eines Pachtvertrages sollte in der Regel nicht unter sechs Jahre liegen. Ein Erlaubnisschein zum Fischen in den öffentlichen Gewässern konnte dem Pächter kostenlos ausgestellt werden. Derselbe hatte ihn zur Legitimation beim Fischen bei sich zu führen. Das Hilfspersonal brauchte sich nicht auszuweisen. In dem Erlaubnisschein des Pächters konnten bezüglich der Art und der Zahl der Fanggeräte und der zu verwendenden Fahrzeuge Beschränkungen eingetragen werden. Die Ausstellung dieses Berechtigungsscheines erfolgte für die öffentlichen Gewässer des Staates beim zuständigen Amte, und für die Gemeinde- und Genossenschaftsgewässer wurde die Erlaubnis vom Gemeindevorstand nach vorgeschriebenem Muster ausgestellt.

Man sollte noch erwähnen, daß die ohne Beisein des Fischers zum Fischfange ausliegenden Geräte mit einem sicher befestigten Holz versehen sein mußten. Auf dieser kleinen Holztafel mußte der Name oder die Anfangsbuchstaben und die Register-Nummer eingeschnitten oder eingebrannt sein.

---